

Fitnesskur gegen Währungs-Tsunami

Kampf dem Arbeitsplatzverlust bei Werkplatz und Tourismus

1. Währungs-Tsunami bedroht Arbeitsplätze in der Schweiz

Seit einigen Monaten ist der Franken nicht mehr an die Wirtschaftsleistung der Schweiz gebunden, sondern wird zum Mythos hochstilisiert. Seine Überbewertung ist absurd. Von Anfang 2010 bis Mitte August 2011 hat der Franken gegenüber Euro und Dollar um fast die Hälfte zugelegt. Seit Juli 2011 bis zur Intervention der Nationalbank stürzten gar alle anderen Währungen gegenüber dem Franken ab. Seit Anfang 2010 verteuerte sich der Franken doppelt so stark wie der Yen. Gegenüber anderen Fluchtwährungen wie der Norwegischen oder Schwedischen Krone und dem Australischen und Kanadischen Dollar verteuerte sich der Franken um vier bis zehnmal. Die Schweiz erlebt einen Währungs-Tsunami.

Die Schweiz ist an einen starken Franken gewöhnt. Innovation, gute Standortbedingungen – schlicht „*härter arbeiten und besser sein als alle andern*“ ist Credo und Stolz vieler Unternehmen und Arbeitskräften. Doch gegen Währungsschocks wie wir sie jetzt erleben, sind Unternehmen machtlos. Die Zeit ist zu kurz, um sich anzupassen. Viele werden gezwungen, Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern, im Ausland einzukaufen oder ihre Tore zu schliessen.

An vielen Klippen kann die Weltwirtschaft in den kommenden Monaten zerschellen. Dazu gehört zum Beispiel eine Krise in Italien, das in den nächsten 9 Monaten mit 600 Mia. USD über ein Viertel der Schulden refinanzieren muss. Oder auch das Schrumpfen der Nachfrage wegen der nötigen Entschuldung der Staaten. Klar ist: Eine weitere weltweite Rezession ist möglich.

Noch haben wir Vollbeschäftigung – wie vor der Krise 2008. Noch ist das Ausmass der Gefahr erst für Insider erkennbar. Wie schlimm es kommt, ist zurzeit unklar, doch die Krise von 2008 zeigt, dass Konjunkturprognosen fast über Nacht zu Makulatur werden können.

Bereits 2009 hat die FDP vor dieser Krise gewarnt. 2010 haben wir die Bürokratie-Stopp Initiative lanciert. Seit Januar 2011 fordern wir eine Fitnesskur. Denn der Franken wird stark bleiben. Die Rahmenbedingungen müssen deshalb dringend und nachhaltig verbessert werden.

Doch gegen den Währungs-Tsunami seit Juli reichen mittelfristige Massnahmen alleine nicht mehr aus. Das Überleben von Werkplatz und Tourismus steht auf dem Spiel. Eine Deindustrialisierung wird die FDP aber nicht zulassen. Wir brauchen auch künftig eine starke Uhren-, Maschinen-, Pharma- und Finanzindustrie, um Wohlstand und Arbeitsplätze für alle zu sichern. Der Griff in den Giftschrank ist deshalb als *ultimo ratio* richtig. Er ist auf zielgerichtete und die am wenigsten schädlichen Massnahmen zu beschränken.

Die Schweiz steht vor schwierigen Zeiten. In der kommenden Krise gilt mehr denn je: Bürokratie stoppen, KMU stärken, Arbeitsplätze sichern – **aus Liebe zur Schweiz.**

2. Kampf an drei Fronten gefordert

Die Lage ist ernst, und sie droht dramatisch zu werden. Nötig sind drei Verteidigungslinien: die mittelfristig wirksame Fitnesskur, die kurzfristig wirksamen Überbrückungsmassnahmen und die Interventionen der SNB. Im Verbund erhöht und verstärkt sich die Glaubwürdigkeit jeder Massnahme.

2.1. Fitnesskur für die Schweiz

Um mittelfristig Arbeitsplätze zu sichern hat unser Land nur einen Weg: Die Schweiz muss noch fitter werden. Bürokratie-Abbau ist das Zauberwort. Vor 10 Monaten hat die FDP ihre Bürokratie-Stopp Initiative eingereicht. Damals wurden wir belächelt – heute fordern alle weniger Bürokratie als Massnahme gegen den harten Franken.

Seit Januar 2011 fordert die FDP ein entsprechendes Massnahmenpaket. Die Fitnesskur gliedert sich in drei Bereiche: Erstens ein Bürokratie-Stopp, zweitens ein Kosten-Stopp und drittens das öffnen neuer Märkte im In- und Ausland.

Die Fitnesskur für die Schweiz ist ein Massnahmenpaket. Es muss sofort in Angriff genommen werden. SVP und CVP werden aufgefordert, am gleichen Strick zu ziehen. Erste Massnahmen müssen auf 2012 in Kraft treten. So setzt die Politik klare Zeichen für Unternehmen, damit diese auch in schweren Zeiten dem Standort Schweiz und seinen Arbeitsplätzen die Stange halten.

Bürokratie-Stopp-Gipfel für einen radikalen Bürokratieabbau

Enormes Sparpotenzial besteht in einer radikalen Entbürokratisierung. Gemäss Schätzungen des Schweizerischen Gewerbeverbandes betragen die administrativen Kosten 50 Mia. Fr. jährlich oder 10% des Bruttoinlandprodukts. Gemäss dem Verband Swiss Export könnten die KMU mit einer konsequenten Senkung der Regulierungsdichte und der Entbürokratisierung auf einen Schlag von 10-12% Prozent ihrer administrativen Kosten entlastet werden. Der Bundesrat soll unter der Leitung von Bundesrat Schneider-Ammann einen Bürokratie-Stopp-Gipfel einberufen. Gefordert ist ein Beitrag aller Bundesdepartemente sowie der Kantone. Konkret fordert die FDP:

- **Verabschiedung des MWST-Einheitssatzes bis in die Frühjahrssession und Inkrafttreten auf Mitte 2012:** Auf Druck der FDP konnte in der letzten Krise 2009 das Mehrwertsteuerpaket im Rekordtempo von nur einem Jahr durchgepeitscht werden. Nun sind CVP und SVP aufgefordert, Europas tiefstem Einheitssatz von 5,5% (plus IV-Zusatz) zuzustimmen. Das spart Bürokratiekosten von 300 Mio. Fr. pro Jahr.
- **Erhöhung der Schwellenwerte für die eingeschränkte Buchprüfung auf 2012:** Dank eines Vorstosses der FDP wurden die Schwellenwerte für die ordentliche Revision **zwecks** prioritärer Behandlung aus der Vorlage herausgebrochen und auf 20 Mio. Fr. Bilanzsumme, 40 Mio. Fr. Umsatz und 250 Vollzeitstellen erhöht. Nun muss das EJPD diese Reform sofort in Kraft setzen, damit KMU bereits im laufenden Jahr profitieren können.
- **Ende der Baubürokratie – Harmonisierung der Bauvorschriften:** Schaffen die kantonalen Baudirektoren kein allgemeingültiges Konkordat muss der Bund bis Ende 2012 ein Rahmengesetz verabschieden. Auf lokaler Ebene sind die übertriebenen Ästhetikartikel, welche die Baubürokratie zu Willkür verleiten, abzuschaffen.

Kosten-Stopp bei Steuern, Gebühren, Energiepreisen und Arbeitskosten

Arbeitsplätze werden gesichert, wenn die Produktionskosten in der Schweiz tief bleiben. Die Löhne sollen möglichst nicht angetastet werden. Umso konsequenter muss verhindert werden, dass die anderen Kosten – seien es Steuern, Gebühren, Energiepreise oder die Arbeitskosten – ansteigen. Vielmehr sind sie zu senken. Das verlangt ein Engagement auf allen Stufen:

- **Gebühren- und Kostenstopp beim Staat:** Post, SBB und SRG, Stromproduzenten, Wasserversorgung und Abfallbewirtschaftung müssen alle effizienter werden. Ihre Dienstleistungen verkaufen sie oft mit einem Monopolpreis (SBB, Stromwirtschaft) oder sie verrechnen sie den Bürgern und Unternehmen über Gebühren (Abfall). Mehr Produktivität und mehr Effizienz in diesen Bereich ist ein wichtiger Beitrag zur Senkung der Produktionskosten.
- **Keine höheren und neuen Steuern:** Die FDP fordert in den kommenden Jahren einen Stopp für neue und höhere Steuern. Ideen wie eine Wohnflächensteuer oder das Streichen von Steuerabzügen und Ersetzen durch Subventionen sind zu beerdigen – letzteres würde die Steuerbelastung beim Mittelstand um fast die Hälfte erhöhen.
- **Rasche Unternehmenssteuerreform III:** Die Reform soll mit einer Senkung der gesamten Steuerbelastung für die Unternehmen verbunden sein. Der Bund muss dabei mit einer bedeutenden Reduktion seines Gewinnsteuersatzes rechnen, um besonders betroffene Kantone zu unterstützen. Die Botschaft ist auf Ende 2011 vorzulegen. Andernfalls wird die FDP die vorgezogene Reduktion des Gewinnsteuersatzes des Bundes prüfen.
- **Abschaffung der Emissionsabgabe bereits auf 2012:** Beide Wirtschaftskommissionen haben generell der Abschaffung der Stempelsteuer zugestimmt. Bereits auf 2012 ist die Emissionsabgabe abzuschaffen, denn sie belastet Unternehmen, die sich wegen der Krise rekaptalisieren müssen. Der Versicherungsstempel hat spätestens auf 2013 zu fallen.
- **Kein Umbau der Energiepolitik auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts – die Schweiz muss weiterhin dem Werkplatz konkurrenzfähige Energiepreise anbieten.** Im Juni verkündeten Politiker von Mitte-Links jubelnd die Energiezukunft. Alles sei möglich – man müsse nur genügend Subventionen in neue Technologien pumpen und dafür Energieverbraucher genügend besteuern. Heute wissen wir: Der Bundesrat will die Benzinnpreise auf 4 Franken erhöhen und doppelt so hohe Gas-, Strom- und Ölpreise. Nur so könne der Energiebedarf genügend gedrosselt werden – doch damit erdrosselt Mitte-Links unseren Werkplatz. Deshalb fordert die FDP: Unsere Energiepreise müssen weiterhin zum günstigsten Drittel der EU-Länder gehören. Der Bundesrat wird verpflichtet, auf eine Erhöhung der Energiesteuern und –abgaben zu verzichten. Konkret ist auf die **Einführung einer CO₂-Abgabe auf Treibstoffe zu verzichten.**
- **Nein zum weiteren Ausbau des Sozialstaats durch die Linke:** Wie immer versuchen Gewerkschaften und Linke die Arbeitskosten zu verteuern. Etwa durch sechs Wochen Ferien für alle, mehr Mutterschafts- oder gar einen Elternurlaub. All dies ist fehl am Platz. Nun müssen wir für Arbeitsplätze kämpfen, nicht für Ferien!
- **Ja zur Sanierung der IV-Reform 6b und der AHV ohne Lohnnebenkosten:** Die IV-Reform ist abzuschliessen, damit der MWST-Zusatz befristet bleibt. Bei der AHV ist eine Defizitwirtschaft zu verhindern. Genau das droht nach 2020. Die FDP unterstützt eine generelle Reform samt Flexibilisierung des Renteneintritts und Anreizen für längeres Arbeiten. Doch diese Reform ist absturzgefährdet. Deshalb braucht es ein Sicherheitsnetz. CVP und SVP müssen noch vor den Wahlen in der relevanten Kommission das grüne Licht für eine Anpassung des Rentenalters der Frauen an jenes der Männer von 65 sowie eine Schuldenbremse in der AHV geben.
- **Nein zur Kündigung der Personenfreizügigkeit und der Bilateralen:** Noch schlimmer ist die Hetze der SVP gegen die Personenfreizügigkeit (PFZ). Dadurch wird eine Vertuierung der Arbeitskosten in Kauf genommen. Neu will die SVP für alle ausländische Arbeitnehmer die Lotterie eines bürokratischen, langsamen und teuren Kontingentssystems einführen. Das wäre ein Rückfall in die Fehler des letzten Jahrhunderts. Die Verknappung der Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt würde die Rekrutierungskosten erhöhen und die Löhne in die Höhe treiben. Doch die Arbeitskosten sind mit 46 Euro pro Stunde bereits heute so hoch wie sonst nirgends in Europa. Die Hetze gegen die PFZ ist verantwortungslos.

Neue Märkte und Chancen eröffnen

Nicht allen Ländern droht ein Abschwung. In Asien brummt der Wirtschaftsmotor weiter. Umso wichtiger ist, dass die Schweiz hier rasch und vor unseren Konkurrenten Freihandelsverträge abschliesst. Ebenso wichtig ist, neue Geschäfte durch bessere Rahmenbedingungen in die Schweiz zu holen.

- **Rascher Abschluss von Freihandelsverträgen mit Indien, Indonesien, China etc.** ohne Verzögerung durch protektionistische Schutzklauseln mit Umwelt- oder Sozialnormen.
- **Weiterführung der Verhandlungen für den Agrarfreihandel mit der EU.** Die Nahrungsmittel sind in der Schweiz enorm teuer. Die Landwirtschaft ist im Strukturwandel zu unterstützen. CVP und SVP sind aufgerufen, hier im Interesse der Konsumenten und der Tourismusindustrie mit der FDP einen Schulterchluss zu finden.
- **Ausbau der Regelung fürs Liquiditätsmanagement:** Auf Druck der FDP hat das EFD im August 2010 die Steuerregeln für die Liquiditätsbewirtschaftung von Konzernen gelockert. Benachteiligt bleiben aber fast alle Schweizer Konzerne. Die FDP fordert, dass die Bestimmungen in Art. 15^{bis} StempelsteuerVO und Art. 14a VerrechnungsVO ersatzlos gestrichen werden. Damit können Schweizer Konzerne ihre Liquiditätsbewirtschaftung in der Schweiz durchführen und neue Arbeitsplätze hier schaffen.
- **Steuerbefreiung für CoCos im Rahmen von TBTF:** Die Krise trifft ausländische Banken. Diese werden ihr Kapital auch durch CoCos erhöhen. Damit der Finanzplatz Schweiz diese Instrumente anbieten und dieses Neugeschäft samt Arbeitsplätzen erobern kann, braucht es gute Steuerbedingungen.

2.2. Kampf der SNB gegen Währungs-Tsunami

Die SNB muss weiterhin konsequent gegen die irrationale Aufwertung des Frankens vorgehen. Angesichts der Panik der vergangenen Tage sind ihre Interventionen ein Erfolg.

Dazu bedarf es der uneingeschränkten Unterstützung durch die Politik. Diese erreichte Bundesrat Schneider Ammann zusammen mit der Wirtschaft, nachdem die SVP während Monaten die Nationalbank und deren Präsidenten heftig kritisierte. Diese Kritik wurde im Ausland beachtet, hat die Glaubwürdigkeit der SNB enorm geschwächt und deren Unabhängigkeit massiv untergraben. Umso schädlicher ist es, wenn diese Kritik bereits wieder aufzuflackern beginnt.

Genau diese Unabhängigkeit gilt es wieder zu stärken – sei es auf der politischen als auch der finanziellen Ebene. Für die FDP ist klar, dass die Nationalbank in Übereinstimmung mit der Vereinbarung über die Gewinnausschüttung für 2011 kein Geld an Bund und Kantone ausschütten darf. Mehr noch: Die gefährlichen Druckversuche einiger Kantone zeigen, wie ungesund die Abhängigkeit der Kantone von den volatilen Gewinnen der SNB ist. Bei den Verhandlungen zwischen SNB und EFD muss deshalb die finanzielle Unabhängigkeit der Nationalbank gestärkt werden. Keinesfalls darf der Bund für entgangene Gewinne der Kantone einspringen – vielmehr haben diese und der Bund ihre Verwaltungen fit zu trimmen und Ausgaben zu kürzen. Zudem schlägt die FDP die Prüfung eines Fonds vor, in den die nach Erhöhung von Eigenkapital und Währungsreserven verbleibenden künftigen Gewinne einbezahlt und zu 2% zugunsten von Bund und Kantone verzinst werden.

2.3. Kurzfristige Überbrückungsmassnahmen des Bundes

Unternehmen brauchen Zeit, um sich anzupassen, um effizienter und schlanker zu werden. Der Währungs-Tsunami lässt aber vielen Unternehmen diese Zeit nicht. Die FDP begrüsst deshalb grundsätzlich die Bereitschaft des Bundesrats, gezielt der notleidenden Exportindustrie Luft zu verschaffen, um sich auf einen langfristig starken Franken einstellen zu können. Noch sind die einzelnen Massnahmen des mit 2 Mia. Franken sehr grosszügigen Pakets unbekannt. Damit besteht die Gefahr, dass jeder Sektor und jedes Departement mit eigenen Forderungen seine

Klientel zu befriedigen versucht. Die FDP wird deshalb jede Massnahme genau prüfen. Dabei gelten fünf Kriterien:

1. Rasche Wirkung der Massnahme.
2. Zielgerichtete Wirkung der Massnahme.
3. Keine übermässige Bürokratie bei der Umsetzung.
4. Einhaltung der Schuldenbremse und Befristung von Massnahmen.
5. Keine Wettbewerbsverzerrungen und keine Behinderung der Fitnesskur für die Schweiz.

Klar diese Vorgaben nicht erfüllen kann ein MWST-Ausnahmesatz für den Tourismus, weil dies den nötigen Einheitssatz verhindern würde. Oder die Unterstützung für SBB-Cargo-Rail, was nur von Gewerkschaften durchgedrückte, ineffiziente Betriebsstrukturen zementieren würden.

Unterstützt werden hingegen die bereits vom Bundesrat verabschiedeten Massnahmen zur Stärkung des Wettbewerbs. Sie unterstützen den Druck von Bundesrat Schneider Ammann auf Importeure und Hersteller beim Frankentisch. Die Preisinsel Schweiz zeigt, dass ausländische Produzenten, Händler und Handelsketten Währungsgewinne nicht weitergeben. Das schadet dem gesamten Detailhandel und lokalen Produzenten, wenn wegen einigen Währungssündern immer mehr Einkäufe im Ausland getätigt werden. Auch die FDP hat den Buchhandel und verschiedene Firmen angeprangert.

3. Für eine Koalition „Bürokratie und Kosten stoppen – Arbeitsplätze sichern“

Der Wechselkurs-Tsunami ist eine enorme Herausforderung für die Schweiz. Für alle Massnahmen ist das Zusammenarbeiten der relevanten politischen Kräfte nötig. Am schwierigsten aber mittelfristig am wichtigsten ist die Unterstützung für die Fitnesskur. Unsere früher nicht mehrheitsfähigen Forderungen stossen nun auf breite Zustimmung. Nun müssen den Worten Taten folgen. Nötig ist eine gemeinsame Koalition. Eine Koalition unter dem Titel „**Bürokratie und Kosten stoppen – Arbeitsplätze sichern**“. Diese Koalition ist dringend nötig. Es geht um den Werkplatz. Es geht um den Tourismusstandort Schweiz. Im Interesse dieser Arbeitnehmer müssen wir rasch und gezielt reagieren – **aus Liebe zur Schweiz**.